



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Danzenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind ... Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IV-VI/2026 • # 1098



SMR

Kleine Modulare Reaktoren sollen nach dem Wunsch der Bundesregierung unsere aktuellen Energieprobleme lösen. Doch das scheint illusorisch weil nicht umsetzbar zu sein.

Kernfusion

Politiker:innen behaupten: Die Kernfusion wird schon in wenigen Jahren sämtliche weltweit benötigte Energie liefern. Die Realität liest sich bei weitem bescheidener.

Atommüll

1900 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen lagern in 16 deutschen Zwischenlagern. Sie sollten dort vorübergehend stehen, für 40 Jahre. Daraus werden nun wohl mehr als 100 Jahre.



Aus dem neuen Song 1995 der wendländischen Band MADSEN:

**Gorleben Demo und wir sind am Start
Atomkraft nein danke auf unserem Plakat
Stay rude, stay rebel, stay sharp
So ist es und so wars**

Fotos: Cover u. S. 2 u. 3: PubliXviewinG

Impressum

48. Jahrgang
Ausgabe 1098
April, Mai, Juni 2026

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20
29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt
Torsten Koopmann

Ständige Mitarbeiter
Wolfgang Ehmke, Anna Gäde
Wilma Wallat, Peter Widmayer

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

Hinweis
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Druck
die Umweltdruckerei GmbH, Hannover
Zertifikat: klimaneutral gedruckt



Papier
Circle Offset Premium White
Zertifikat: Blauer Engel

Druckfarbe
Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Martin Donat ist Vorsitzender
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Manche Fehler sollte man nur einmal machen

Die Tochter des CDU-Politikers Ernst Albrecht, der uns 1977 den Schlamassel mit Gorleben beschert hat, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eben noch eine glühende Verfechterin des „Europäischen Green Deals“, weinte in den Iden des März der Atomkraft Krokodilstränen hinterher. Der deutsche Atomausstieg sei angeblich ein „strategischer Fehler“ gewesen. Pünktlich zum 15. Jahrestag der unbewältigten Nuklearkatastrophe von Fukushima nannte sie diese Hochrisiko-Technologie „zuverlässig, bezahlbar und emissionsarm“. Sie sprang damit dem französischen Premier Macron bei, der nach einem Atomenergie-Gipfel in Frankreich die Renaissance der ständig abgeschalteten französischen Pannereaktoren verkündete. Private Investitionen in angeblich so nachhaltige Atomtechnologien will die EU zukünftig aus dem Emissionshandel absichern.

Kleine modulare Reaktoren, einst als Antrieb für Atom-U-Boote entworfen und bis heute nicht serienreif entwickelt, seien angeblich sicherer und könnten bei Stromlücken der Erneuerbaren hoch- und runtergefahren werden. Tatsächlich aber würden Tausende oder gar Zehntausende Reaktoren benötigt, womit sich nicht nur das Risiko von Unfällen vervielfachen würde, sondern auch das Risiko der Proliferation, also der Entwendung von radioaktivem Material, von potenziellen Zielen im Kriegsfall ganz zu schweigen.

Bis eine derartige Zukunftstechnologie einen nennenswerten Beitrag zur Stromsicherheit liefern könnte, sollten wir ohnehin längst bessere Speichertechnologien entwickelt haben, weil wir sonst das Rennen um eine nachhaltige, klimagerechte Zukunft lange verloren hätten. Für diese Forschung und Entwicklung fehlte aber jeder Cent, der in die rückwärtsgewandte Technologie Atomkraft vergeudet würde. Die Menge des zu lagernden Atommülls würde sich allerdings je nach Konzept verdrei- bis verzwanzigfachen. Was meinte Frau von der Leyen also mit „Strategie“?

Shinzo Abe, der japanische Premier nach der Nuklearkatastrophe, sagte 2013 anlässlich des Hiroshima-Gedenkens, Japan brauche Atomkraft aus „geopolitischen Gründen“. Seine Nachfolgerin, die Premierministerin Takaichi, möchte nun nach ihrem Erdrutschsieg mit Zwei-Drittel-Mehrheit und ihrem rechts-nationalen Koalitionspartner die japanische Nachkriegsverfassung ändern und zuvorderst den Pazifismus-Artikel abschaffen. Ihre ultranationalistische Interessengruppe Nippon Kaigi tritt derweil offen für Geschichtsrevisionismus ein und möchte die Verbrechen des japanischen Militärs im zweiten Weltkrieg in eine „Befreiung Ostasiens“ umdeuten. Vor diesen Hintergründen ist es nicht ganz unbedeutend, dass die meisten Konzepte von SM-Reaktoren auf der Abspaltung von waffenfähigem Plutonium basieren.

In einer Zeit, in der Multimilliardäre der Tech-Konzerne Kriege mitentscheiden, wo künstliche Intelligenz nicht nur alle Energie verschleudert, die wir einsparen, sondern auch noch Bombardierungsziele aus sucht und „Kollateralschäden“ verantwortet; wo auch westliche Demokratien drohen, in die Hände von Oligarchen und korrupten Strukturen zu fallen, sollten uns diese Überlegungen und Entwicklungen wirklich Angst machen. 76 Jahre Frieden in diesem Land haben wir einer mühsam ausgehandelten „regelbasierten Weltordnung“ zu verdanken. Die angebliche Abschreckung von Atomwaffen basiert lediglich auf der Annahme, man könne dem Gegner glaubhaft machen, eher die Sicherheit und das Leben zu riskieren, als Freiheit und Selbstbestimmung aufzugeben. Es erscheint aber wahrscheinlich, dass Islamfaschisten und andere totalitäre Regimes hier weitaus opferbereiter sein könnten als westliche Demokratien. Außerdem steigt mit weiterer nuklearer Aufrüstung die Gefahr, dass die roten Knöpfe in die Hände von korrupten Kräften fallen könnten, die womöglich nur an den Börsen auf den Ausgang dieses letzten Abenteurers der Menschheit wetten.



Weitermachen!

Den Kampf gegen das Atommüllendlager in Gorleben hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gewonnen. Auch am Atomausstieg der Bundesrepublik war sie maßgeblich beteiligt. Doch die Anti-Atom-Arbeit kann noch lange nicht eingestellt werden. Ein Ausblick vom Vorsitzenden der wendländischen Bürgerinitiative, Martin Donat.

Vielleicht kann man sich im Jahr 2026 fragen, ob Anti-Atom-Arbeit in Deutschland noch relevant ist. Die Weltlage in Ost und West lässt uns nur noch erschauern und innenpolitisch drohen die libertären Errungenschaften eines halben Jahrhunderts gerade vor die Hunde zu geraten. Selbst wenn man sich den Altersquerschnitt unserer Bürgerinitiative anschaut, kann der Eindruck entstehen: Atomkraft, das war gestern.

Dabei war es auch damals vor 50 Jahren so, dass Atomkraft nur die Spitze eines Eisberges aus einer harten unnachgiebigen Politik war, welche die Interessen von Konzernen und der Industrie über die Interessen der Umwelt, der Natur und der Gesundheit der Menschen stellte. Die Argumente waren stets Arbeitsplätze und Einkommen – beide übrigens zwischenzeitlich eindrucksvoll widerlegt. Während nun aber das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit kräftig zulegte, wuchs der Wohlstand doch nur sehr mäßig. Der Grund: die steigende Ungleichheit.

Die Sorge vor wirtschaftlichem Abstieg und Zukunftsangst waren aber schon immer starke Motivationen, die Menschen veranlassten, den Mythen selbsternannter „Macher“ Glauben zu schenken und den Heilsversprechen durchsetzungsstarker Konzerne zu vertrauen. „Bürokratieabbau“ und „Pla-

nungsbeschleunigung“ sind die einschlägigen Schlagworte unserer Zeit, und befeuert wird eine derartige Hauruck-Politik gegen die Natur von Populisten, die inzwischen 80 Prozent der politischen *Tik-Tok*-„Information“ einer ganzen Generation bestimmen. Wir setzen dagegen weiterhin auf die komplexen und oftmals komplizierten Aushandlungsprozesse einer entwickelten Demokratie, die sich in Beteiligungsrechten, Klagerechten, kommunaler Selbstbestimmung, Föderalismus, unserem Selbstbestimmungsrecht sowie dem Recht auf Leben und Gesundheit und nicht zuletzt auch in der Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit äußern.

Sollten wir dabei altmodisch erscheinen, so sind wir dies nicht nur gerne, sondern in voller Überzeugung.

► Verlängerte Zwischenlagerung

Während dieselben, die eben noch nach Putins Gas lechzten und nie aufgehört haben, sibirisches Uran zu kaufen, schon davon schwadronieren, am Gartenzaun jedes Rechenzentrums neue Minireaktoren errichten zu wollen, stehen an 16 Standorten in Deutschland noch 1900 Behälter hochradioaktiver Strahlenschutt herum – in Gebinden, die ursprünglich in den Achtzigerjahren

für den Transport konzipiert wurden und deren Genehmigungen teilweise zwischenzeitlich auslaufen waren. Und bisher haben wohl nur wenige mitbekommen, dass mit Genehmigung vom August 2025 sogar Castortransporte wieder aufgenommen werden sollen, nämlich mit fadenscheinigen Begründungen vom Hochtemperatur-Kugelhaufenreaktor in Jülich in das marode Atommülllager Ahaus, dessen Genehmigung 2036, zwei Jahre nach Gorleben, abläuft. Eine Klage des Umweltverbandes BUND gegen den unnötigen Transport mitten durch die Ballungsgebiete des bevölkerungsreichsten Bundeslandes hat das Verwaltungsgericht Berlin am Dreikönigstag als unzulässig abgelehnt, ohne den Inhalt der Klage überhaupt zu prüfen. Leider waren da wohl keine Weisen aus dem Morgenland am Werke.

Der Zeitpunkt, wann alle diese unzureichend gegen Störungen geschützten und ursprünglich nur für einige Jahrzehnte geplanten Lager zugunsten tiefer geologischer „Endlagerung“ geräumt werden, verschiebt sich derweil weiter nach hinten. Wir gehen inzwischen von bis zu einem Jahrhundert der Zwischenlagerung aus, stimmen aber nicht in den Chor derjenigen ein, die nun reflexartig Beschleunigung fordern. Denn wir wissen, dass Eile bei der

Endlagersuche absolut unangebracht wäre und nur auf Kosten der Sorgfalt und besonders zu Ungunsten der Beteiligung und der Klagebefugnisse gehen würde.

Im Verein mit der bundesweiten *Atommüllkonferenz*, mit dem Atomausschuss des Kreistages in Lüchow-Dannenberg und sogar mit der *Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen* in Deutschland (ASKETA), sowie dem *Planungsteam Forum Endlagersuche* (PFE) ist es uns 2025 gelungen, das plural besetzte *Nationale Begleitgremium* (NBG) für die massive Problematik der wilden Zwischenlagerung zu sensibilisieren. Zu dem vom NBG in Berlin anberaumten Fachworkshop „Zwischenlagerung“ erschienen aber weder das eingeladene *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE), noch die *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ). Noch nicht einmal das Bundesumweltministerium hielt es für erforderlich, einen Vertreter zu entsenden, so dass die auf den Forderungen der Atommüllkonferenz basierenden Empfehlungen des NBG vorerst ungehört verhallten.

► Verzögerte Endlagerung

Die Veröffentlichungen der *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) ihrer aktuellen Arbeitsstände zur Suche nach einem Endlagerstandort blieb im November weit hinter unseren Erwartungen zurück. Wie die Entscheidungen zustande kamen, bleibt selbst für die gut informierte Öffentlichkeit undurchschaubar. Die „entscheidungserheblichen Daten“ wurden nämlich nicht mit bereitgestellt, angeblich, um den Zeitplan einhalten zu können. Im Hinblick darauf, dass das *Standortauswahlgesetz* (StandAG) am Ende nur einen einzigen Nachprüfauftrag zulässt, verheißt dies nichts Gutes. Und das Wendland ist auch nach dem November 2025 immer noch mit „Tertiärem Tongestein“ im Rennen, das angeblich die ersten Prüfschritte der sogenannten „repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung“ bestanden hat. Nachprüfen können wir die Richtigkeit nicht. Derweil hat die BGZ schon einmal eine vorlaufende Umweltverträglichkeitsprüfung für die



Neugenehmigung der 2036 auslaufenden Zwischenlagerung in Gorleben auf den Weg gebracht; dabei ist entgegen jahrelangen Beteuerungen überhaupt nicht mehr von „Neugenehmigung“ die Rede, sondern durchgängig nur noch von „verlängerter“ Zwischenlagerung. Für welchen Zeitraum beantragt werden soll, darüber hält man sich auffällig bedeckt. Ein ebenfalls jahrelang in Aussicht gestelltes einheitliches Regelwerk zur Zwischenlagerung wird nicht zugrunde gelegt, man greift stumpf bei den nun anstehenden Standorten Gorleben und Ahaus auf den letztjährigen Beratungsstand der Enskommission zurück. Weil die beiden dünnwandigen, unzureichend geschützten Lager damit den Standard für alle weiteren Genehmigungen setzen, verheißt auch dies nichts Gutes.

► Verhinderte Beteiligung

Beim Scoping-Termin für den Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung in Clausthal-Zellerfeld (trotz Protesten auch der Kommunalpolitik fand dieser nur Gorleben betreffende Termin nicht im Landkreis Lüchow-Dannenberg statt) wurde uns unmissverständlich klar gemacht, dass eigentlich nur geprüft werde, ob eine Amsel sich von der Baustellenbeleuchtung beim Brüten gestört fühle. Schon die Ablaufrinnen für Kerosin im Falle eines Flugzeugabsturzes unterliegen dieser Umweltverträglichkeitsprüfung nicht, weil ja nicht geplant sei, Flugzeuge auf das Atommülllager zu stürzen. Relevante Fragen der nuklearen Sicherheit im Rahmen der Sicherung gegen Krieg und Terror, sogenannte „sonstige Einwirkungen Dritter“, sind überhaupt von der Prüfung ausgenommen und in den Sicherheitsbericht ausgelagert, welcher der unbedingten Geheimhaltung unterliegt und damit selbstredend der Beteiligung entzogen sein wird. Unsere Vorschläge, zu diesen für uns bedeut-

samen Inhalten vertrauensvolle, schweigepflichtige Personen hinzuzuziehen -- ein sogenanntes *In-Kamera-Verfahren* -- verhallen bislang gänzlich ungehört.

Die Antragstellerin BGZ hat uns lediglich Honig um den Bart geschmiert, indem sie angab, die Beschränkung der Genehmigung auf 113 statt der vorhandenen 420 Castor-Stellplätze sei bereits ein Effekt unserer „Beteiligung“. Dabei gibt das Deutsche Atomgesetz seit 2014 unmissverständlich vor, dass abgebrannte Brennstäbe an den Standortzwischenlagern eingelagert werden müssen.

Man stelle sich einmal vor, die BGZ hätte ernsthaft geplant, noch weitere 307 Castortransporte nach Gorleben vorzunehmen! Unsere begründete Befürchtung: Hier soll mitnichten ein Neuantrag gestellt werden für die bauliche Härtung des Lagers gegen die multiplen Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts, sondern es soll lediglich irgendwie der Nachweis erbracht werden, dass ein für 40 Jahre konzipiertes Bauwerk noch taugt, um es noch weitere Jahrzehnte durchzuschleppen. Vom beteiligten Bundesamt und den beauftragten Bundesgesellschaften und deren hauptamtlichen Fachleuten werden wir derweil mit zahlreichen Veranstaltungen zermürbt, welche die Bezeichnung „Beteiligung“ nicht verdienen. Allerdings müssen wir feststellen, dass man stets bemüht ist, uns Informationen und das Gefühl zu geben, dass wir „konsultiert“ werden und dies dann überschwänglich zu dokumentieren.

So ganz wohl scheint es den Betroffenen in ihrer Haut auch nicht zu sein, denn es gibt ganz objektive Widersprüche im Flickwerk deutscher Atommüllpolitik. Aus unserer Sicht ist längst der Zeitpunkt gekommen, an dem die politisch Verantwortlichen Verantwortung übernehmen müssen. So schreiten wir also im aufrechten Gang und mit klaren Zielen vor Augen in das 49. Jahr unseres Bestehens. Gorleben soll leben! Der Rest der Welt soll's auch!



100 Jahre Augen zu?

1900 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen lagern in 16 deutschen Zwischenlagern. Sie sollten dort vorübergehend stehen – für 40 Jahre. Daraus werden nun mehr als 100 Jahre. Behälter, Gebäude, Genehmigungen – nichts davon war für so lange Zeit gemacht. Von Peter Widmayer

1900 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen lagern in Deutschland, verteilt auf 16 Zwischenlager: 14 an Standorten ehemaliger Atomkraftwerke, zwei zentrale Zwischenlager in Gorleben und Ahaus. Allein im *Brennelementezwischenlager Gorleben* stehen 113 Castoren – fünf mit Brennelementen, 108 mit in Glaskokillen eingeschmolzenem Abfall aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague.

Zur Einordnung: Jeder einzelne Castor enthält radioaktive Nuklide in einer Menge, die mit der Gesamtfreisetzung während der Tschernobyl-Katastrophe vergleichbar ist. Im störungsfreien Betrieb sind die Abfälle sicher verwahrt – das stimmt. Aber ein geologisches Tiefenendlager bleibt die einzige über Millionen Jahre technisch und politisch sichere

Möglichkeit der Verwahrung. Daran führt kein Weg vorbei.

Deutschland braucht also dringend ein Endlager. Doch die Suche verzögert sich dramatisch: Der ursprüngliche Plan sah eine Standortentscheidung für 2031 vor. Das *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE) bezeichnet dieses Ziel inzwischen als zunehmend unrealistisch. Die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) geht von frühestens 2046 aus – realistisch eher 2068. Das *Öko-Institut* rechnet frühestens mit 2074.

Nun soll die Suche per Gesetzesnovelle beschleunigt werden: Das Zieljahr wird ersatzlos gestrichen, Untersuchungsphasen zusammengelegt, die Erwartung lautet auf eine Beschleunigung um 20 Jahre mit Standortentscheidung 2050. Aber selbst dann folgt eine

ernüchternde Rechnung: Bau und Inbetriebnahme benötigen weitere 20 Jahre, Transport, Konditionierung und Einlagerung von 1900 Behältern nochmals 30 Jahre. Abschluss der Einlagerung: frühestens 2100.

► 80 Jahre unsicher?

Für die deutschen Zwischenlager bedeutet das: noch weitere 80 bis 100 Jahre Betrieb – obwohl sie auf lediglich 40 Jahre ausgelegt und dafür genehmigt waren. In Zeiten, in denen die Bedrohungslage eine gänzlich andere war.

Die für die Betreiberin bequemste Variante wäre: einfach weitermachen. Schließlich kam es während der ersten 40 Jahre zu keinem ernsthaften Schaden – da wird schon auch für weitere 80 Jahre nichts passieren. Könnte es so einfach sein? Es wäre schön. Aber nein.

Ein einfaches „Weiter so“ vernachlässigt sträflich: Für Behälter und Zwischenlager waren über 40 Jahre hinausgehende Alterungs- und Materialermüdungsprobleme nie Teil der Betrachtung. Auch der Stand von Wissenschaft und Technik hat sich fundamental weiterentwickelt: Es gibt neue Lösungen für bekannte Probleme, aber auch neue Herausforderungen. Zuletzt hat sich die allgemeine Sicherheitslage fundamental geändert: Es herrscht Krieg in Europa, die terroristische Bedrohungslage ist hoch. Der havarierte Reaktor in Tschernobyl wurde mit Drohnen beschossen und irreparabel beschädigt. Drohnen mit erheblichen Fähigkeiten sind zur für Terroristen einfach zugänglichen Massenware geworden.

Die Fragen, die sich daraus ergeben, sind keine theoretischen. Bleiben die Castor-Behälter langfristig dicht? Wie verhalten sich elastische Metalledichtungen unter starker Bestrahlung und hoher Temperatur bei mehr als 100 statt 40 Jahren Nutzung? Wann und wie oft sind die bekannt fehlerbehafteten Druckschalter zur Überwachung der Dichtheit auszutauschen? Wie verhält sich das radioaktive Inventar – wann werden Hüllrohre undicht, bleibt der Tragekorb stabil, droht sich Material am Castor-Boden unkontrolliert zu sammeln? Genügen Konstruktion, Bemessung und Materialbeständigkeit der Gebäude den Anforderungen der verlängerten



Bild oben: Zwischenlager in Gorleben
Bild links: CASTOR-Behälter vom Typ HAW28M

Zwischenlagerung und neuer kritischer Lastfälle? Sind die Behälter gegen *Störfälle und Einwirkungen Dritter* (SEWD) ausreichend gesichert – durch gezielten Flugzeugabsturz zum Beispiel einer A380 im steilen Absturzwinkel, Hohlmantelgeschosse, Drohnenbeschuss? Existieren Notfall- und Rettungspläne, sind Feuerwehr und Rettungskräfte entsprechend ausgestattet? Und: Sind die Zwischenlager gegen die Auswirkungen des Klimawandels – insbesondere Überschwemmungen und Waldbrände – ausreichend abgesichert?

Niemand hat diese Fragen bislang beantwortet.

► Blaupause Gorleben

Die auf 40 Jahre Laufzeit begrenzten Genehmigungen aller deutschen Zwischenlager laufen in absehbarer Zeit aus. Gorleben ist 2034 als erstes an der Reihe, es folgen Ahaus 2036 und Greifswald/Lubmin 2039. Die Genehmigungen der restlichen Zwischenlager laufen zwischen 2042 und 2047 ab. Die für die Fortsetzung des Betriebs erforderliche Neugenehmigung muss durch die Betreiberin rechtzeitig beantragt werden.

Da kein dediziertes Regelwerk zur Neugenehmigung existiert – und dieses entgegen der ursprünglichen Zusicherung des zuständigen *Bundesministeriums für Um-*

welt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) auch nicht als Verordnung geschaffen werden soll – wird unter Betonung der erforderlichen „Flexibilität“ auf ein Sammelsurium von Leitlinien und Einzelregelungen zurückgegriffen, die jederzeit angepasst werden können. Flexibilität – das klingt nach Pragmatismus. Es ist vor allem ein Einfallstor für Absenkungen des Sicherheitsstandards.

Dabei wird Gorleben als erstes neu zu genehmigendes Zwischenlager zur Blaupause: Die Regulierungsbehörde BASE wird am Beispiel Gorleben die Verwaltungspraxis etablieren, nach der Neugenehmigungen für alle deutschen Zwischenlager ablaufen werden. Mit allen Konsequenzen: Wird formal eine Neugenehmigung oder bloß eine Änderungsgenehmigung gefordert? Wird die Umweltverträglichkeit und Einbeziehung der Öffentlichkeit nach gesetzlichen Vorgaben geprüft, entfällt diese komplett oder wird sie unter Verweis auf eigene Rechtsauffassung der Regulierungsbehörden schlank gehalten?

Die ersten Erfahrungen sind alarmierend. Sowohl die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das *Nationale Entsorgungsprogramm* als auch die laufende UVP in Gorleben erwecken den Anschein, dass die Regulierungsbehörde unter minimaler Öffentlichkeitsbeteiligung eine schlanke, formaljuristisch



korrekte Verlängerung anstrebt. Kritische Risikothemen werden als nicht zu betrachten deklariert, längst bekannte und adressierte Probleme werden nicht gelöst. Stattdessen gibt es eine Fülle von Veranstaltungen auf Laienniveau mit Hochglanzinformationen, die die immergleichen Problemfelder der Castor-Sicherheit und -Sicherung neu identifizieren. Wo bleibt das längst überfällige übergreifende Notfall- und Reparaturkonzept für havarierte Castor-Behälter? Was passiert wirklich bei einem Angriff mit Austritt von radioaktivem Inventar aus zerstörten Castoren in die Umgebungsatmosphäre? Wie erfolgt der sichere Transport von über 100 Jahren alten Castoren in ein Endlager?

► Forderungen

Für die verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben und darüber hinaus braucht es konkrete Maßnahmen – jetzt, nicht irgendwann. Bei den Castor-Behältern sind ein engmaschiges Monitoring der Inventarintegrität durch wiederkehrende Gamma- und Neutronenmessungen an der Behälteroberfläche sowie permanente Echtzeitmessungen über ein Detektornetz je Zwischenlager erforderlich, außerdem ein präventiver Austausch der fehlerbehafteten Druckschalter mit dauerhafter Verfügbarkeit von Ersatzteilen vor Ort.

Für Gebäude und Krananlagen braucht es zudem die Offenlegung der Zustandserfassung, eine kontinuierliche Materialalterungsüberwachung und die Nachbemessung auf neue kritische Lastfälle.

Gegen Störfälle von außen, Terror und Krieg sind ein unmittelbar wirksames Überflugverbot mit Drohnenabwehr und eine kurzfristige Einhausung und Verbunkerung der Lager vonnöten.

Auf Bundesebene sind darüber hinaus standortübergreifend ein Beteiligungsprozess sowie ein lernendes Regelwerk als Verordnung gleichrangig mit dem Atomgesetz, das den Stand von Technik und Wissenschaft berücksichtigt, offene Fragen benennt und Forschungsvorhaben transparent dokumentiert, erforderlich. Auch ein Notfall- und Reparaturkonzept für CASTOR-Schäden jenseits von Deckelundichtigkeiten und ein Notfall- und Katastrophenplan in Abstimmung mit allen Hilfs- und Rettungsdiensten sowie ein erweitertes Forschungsprogramm zu Gebäude- und Materialalterung und zur Übergabe ans Endlager sollten selbstverständlich sein.

► Bewegung

Der Atommüll und die Verlängerung der Zwischenlager werden Mensch und Natur in allen

Bundesländern noch bis zum Ende des Jahrhunderts belasten. Diese Forderungen werden nur dann bei Politik, Regulierungsbehörden und Betreibern Gehör finden, wenn Anti-Atom-Initiativen sie auf allen Ebenen immer wieder zur Sprache bringen. Die Anti-Atom-Bewegung kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich über alle Zwischenlagerstandorte hinweg vernetzt, stärkt und in engem Schulterschluss gemeinsam agiert.

Auf drei Ebenen ist abgestimmter Einfluss möglich und nötig. Politisch braucht es einen Beteiligungsprozess auf Bundesebene, der die Fragen und Sorgen der Menschen vor Ort als treibende Kraft für die notwendige Sicherheit wirksam einbindet. Überregional ermöglichen abgestimmte Positionen und konzertierte Aktionen der Anti-Atom-Bewegung starken Einfluss auf alle politischen Ebenen. Und lokal bildet das Zwischenlager Gorleben das Fundament: Die etablierte Anti-Atom-Widerstandsbewegung im Wendland konzentriert sich neu auf die Härtung von Sicherheit und Sicherung des Zwischenlagers – und ist damit wegbereitend für alle Zwischenlager in Deutschland.

Die Anti-Atom-Bewegung ist nicht gegen Zwischenlager. Sie setzt sich aber dafür ein, dass Zwischenlager wirklich sicher sind.

ASKETA – Die **Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen** ist die Diskussionsplattform zwischen Bürgermeister:innen der Kommunen mit kerntechnischen Anlagen.

Atommüllkonferenz – Die **Atommüllkonferenz** ist ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene und Akteure von den Standorten, an denen Atommüll liegt oder an denen die Lagerung vorgesehen ist. Ausdrücklich erwünscht ist die Teilnahme unabhängiger, kritischer Wissenschaftler:innen und von Vertreter:innen von Verbänden und NGOs.

BASE – Das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** ist eine gesetzlich errichtete, selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMUKN. Im BASE werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH** mit Sitz in Peine ist eine bundeseigene Gesellschaft. Als designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle gehört sie als öffentliches Unternehmen zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Atomrechtliche Aufsichtsbehörde ist das BASE.

BGZ – Die **Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH** ist eine in privater Rechtsform organisierte Gesellschaft des Bundes mit Hauptsitz in Essen, die Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Deutschland betreibt. Neben den zentralen Zwischenlagern in Ahaus und Gorleben betreibt die BGZ die Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle an den Standorten der deutschen Kernkraftwerke. Seit 1. Januar 2020 betreibt die BGZ auch Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

BMUKN – Das **Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Sein Hauptsitz bzw. erster Dienstsitz befindet sich in der Bundesstadt Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin.

BZG – Das **Brennelemente-Zwischenlager Gorleben** (ehemals *Transportbehälterlager Gorleben*) ist neben Ahaus eines der beiden deutschen „Zentralen Zwischenlager“ für abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle in so genannten Glaskokillen aus der Wiederaufarbeitung. Betreiberin ist die BGZ. Zuvor war die GNS von 1990 bis zur Abgabe ihrer Zwischenlageraktivitäten an den Bund zum 1. August 2017 Betreiberin des Zwischenlagers. Auf dem Gelände befindet sich auch das *Abfall-Zwischenlager Gorleben* (AZG) der gleichen Betreiberin für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie die *Pilot-Konditionierungsanlage Gorleben* (PKA).

CASTOR / Castor – Ein CASTOR (engl.: „cask for storage and transport of radioactive material“, dt.: „Behälter zur Aufbewahrung und zum Transport radioaktiven Materials“) ist ein Spezialbehälter zur Lagerung und zum Transport hochradioaktiver Materialien, zum Beispiel von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken oder Abfallprodukten („Glaskokillen“) aus der Wiederaufarbeitung. Der Begriff ist ein Markenname der GNS. Im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch wird „Castor“ auch als Synonym für Brennelementbehälter oder Behälter für hochradioaktive Abfälle verwendet.

ESK – Die **Entsorgungskommission** berät das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) in den Angelegenheiten der nuklearen Entsorgung.

Forum Endlagersuche – Als ein zentraler Ort der Öffentlichkeitsbeteiligung bietet das Forum aktuelle Fachdiskurse, den Austausch von Perspektiven, Raum für Fragen, Diskussionen und Vernetzung.

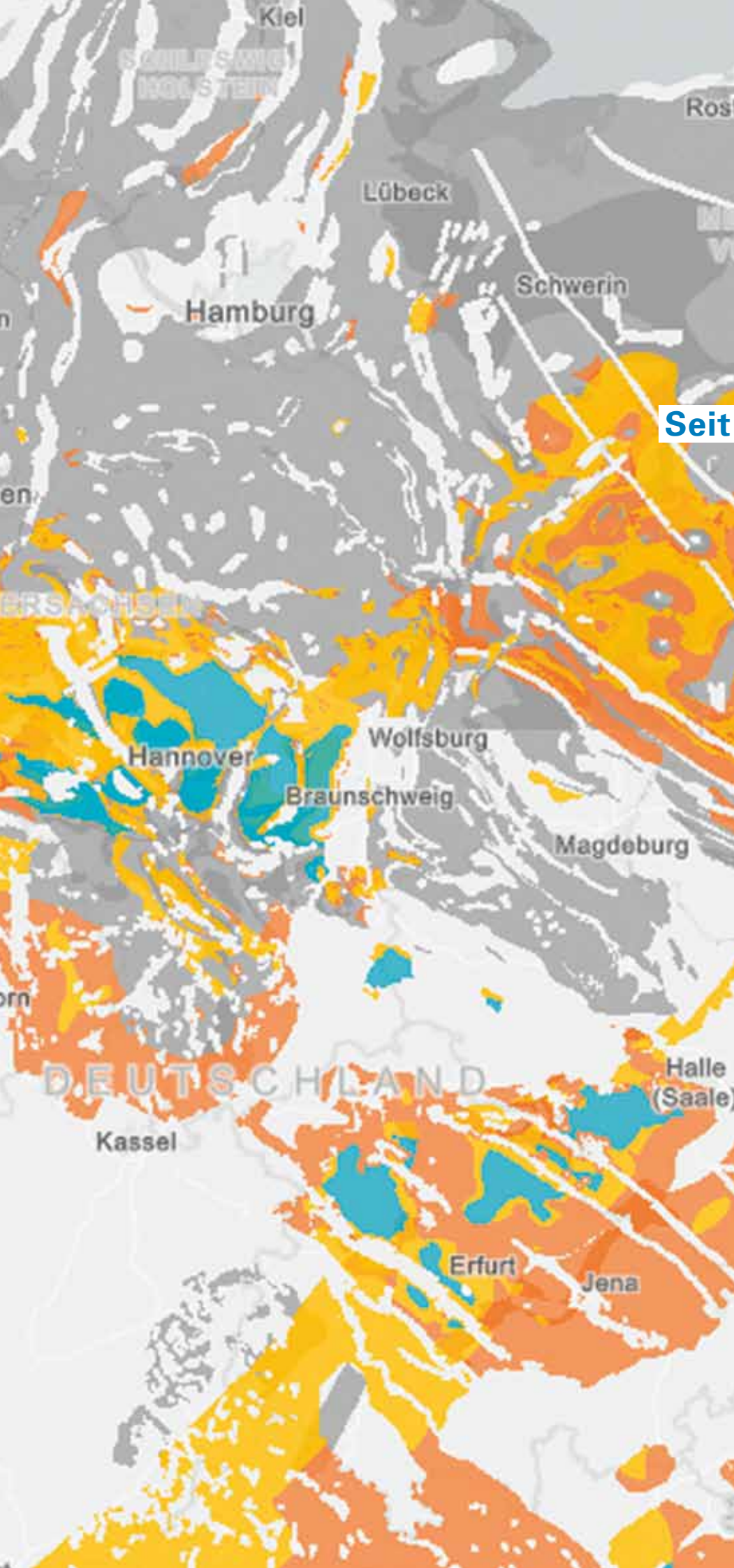
GNS – Die **Gesellschaft für Nuklear-Service mbH** ist ein auf Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung und Stilllegung kerntechnischer Anlagen spezialisiertes Unternehmen. Ihr bekanntestes Produkt sind die Castor-Behälter für abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle. Daneben fertigt die Firmengruppe verschiedene Transport- und Lagerbehälter für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie Anlagen zur Abfallkonditionierung. GNS entstand im Jahr 1977 aus der 1974 gegründeten GNT Gesellschaft für Nukleartransporte mbH.

NaPro – Das **Nationale Entsorgungsprogramm** ist die von der Bundesregierung beschlossene Strategie für die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland, basierend auf einer EU-Richtlinie. Ein aktualisierter Entwurf für 2025 wurde veröffentlicht, der jedoch von Umweltverbänden wegen fehlender Alternativen kritisiert wird.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

PFE – Das **Planungsteam Forum Endlagersuche** verantwortet die inhaltliche Vorbereitung und Gestaltung des *Forum Endlagersuche* und begleitet die Arbeitsschritte der BGE.

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren: **Teilgebiete** – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG), **Standortregionen** – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15), **Standorte** – die untertägig erkundet werden sollen (§16)



Seit 2017

läuft in Deutschland die Suche nach einem Standort für ein Atommülllager – nachdem zuvor klar wurde, dass Gorleben nicht ohne Prüfung von Alternativen durchzusetzen sein wird.

Das daraufhin als Grundlage der Endlagersuche geschaffene *Standortauswahlgesetz* (StandAG) verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe. Dabei stehen *Gebiete*, *Regionen* und *Orte* für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren. Im ersten Schritt hatten *Teilgebiete* die für die Endlagerung ungeeigneten Gebiete herausgefiltert und grundsätzlich geeignete Gebiete identifiziert. Im zweiten Schritt werden nun potenziell geeignete *Standortregionen* gesucht und Ende 2027 benannt. Diese sollen in der Folge obertägig weiter erkundet werden. Übrigbleiben werden einige wenige potenzielle *Standorte*, die dann eingehend weiter erkundet werden sollen – unter Umständen auch untertägig in sogenannten Erkundungsbergwerken.

Nach dem ersten Zwischenbericht vom Spätsommer 2020 hat die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) Ende letzten Jahres ein weiteres Mal vorläufige Arbeitsstände zur Endlagersuche veröffentlicht.

► Was ist neu?

Zunächst vielleicht an dieser Stelle, was *nicht* neu ist: Auch wenn das ein süddeutscher Ministerpräsident anders behauptet: Es gibt keine technischen Innovationen, die ein Endlager unnötig machen. Atommüllrecycling bleibt ein Mythos. Die Suche nach einem Atommülllager ist also unvermeidlich!

Doch zurück in die norddeutsche Realität. Der Zwischenbericht vom September 2020 weist 90

Hürdenlauf zum Atommülllager

Ein sogenanntes *einengendes Verfahren* soll die Suche nach einem Endlager für die atomaren Abfälle der Bundesrepublik ermöglichen. Bernd Redecker erläutert den aktuellen Stand.

Teilgebiete aus. Nach Anwendung von Kriterien sind seitdem weitere 24 Teilgebiete aus dem Verfahren ausgeschieden. Die restlichen will die BGE bis Ende 2027 sukzessive auf weniger als zehn Standortregionen reduzieren.

Neu ist vor allem eine Farbe. Zentrale Kritik des BUND und weiterer Umweltverbände und Initiativen war, dass man nicht erkennen konnte, welche Gebiete die ersten beiden Prüfschritte der aktuellen Phase geschafft hatten. Das hat die BGE nun aufgegriffen und solche Gebiete türkis gekennzeichnet.

In unserer Region gibt es wenig neue Erkenntnisse, denn nur wenige Flächen sind seit 2020 bearbeitet worden. Es lohnt dennoch, das Verfahren auch aus der lokalen Brille anzusehen.

► Eingrenzungsschritte am Beispiel der Ton-Teilgebiete

Die BGE hat sich einen Hürdenlauf der Prüfschritte überlegt, wobei diese Metapher mehr verwirrt als Klarheit bringt, denn beim Hürdenlauf sind alle Hürden gleich hoch und es gewinnt, wer zu-

erst im Ziel ist, egal ob die Hürden dann noch stehen oder umgekippt sind. Die Prüfschritte der BGE bauen aber nicht wirklich aufeinander auf, sondern grenzen immer weiter ein. Wer eine Hürde nicht schafft, scheidet endgültig aus.

Für den direkten Einlagerungsbereich des Endlagers wird eine 100 Meter mächtige, homogene Schicht benötigt. Je nach Wirtsgestein wird davon eine Fläche von drei Quadratkilometern Salz, zehn Quadratkilometern Ton oder sechs Quadratkilometern Granit benötigt. Da die BGE bis zum Zwischenbericht 2020 „mit sehr großer Flughöhe“ (O-Ton BGE) unterwegs war, braucht es nun den *Prüfschritt 1*, der einfach nur klärt, ob es das entsprechende Wirtsgestein überhaupt gibt oder ob Ausschlussgründe vorliegen. Gebiete, in denen das nicht gegeben ist, werden als „ungeeignet“ in der neuen Karte der BGE rot ausgewiesen.

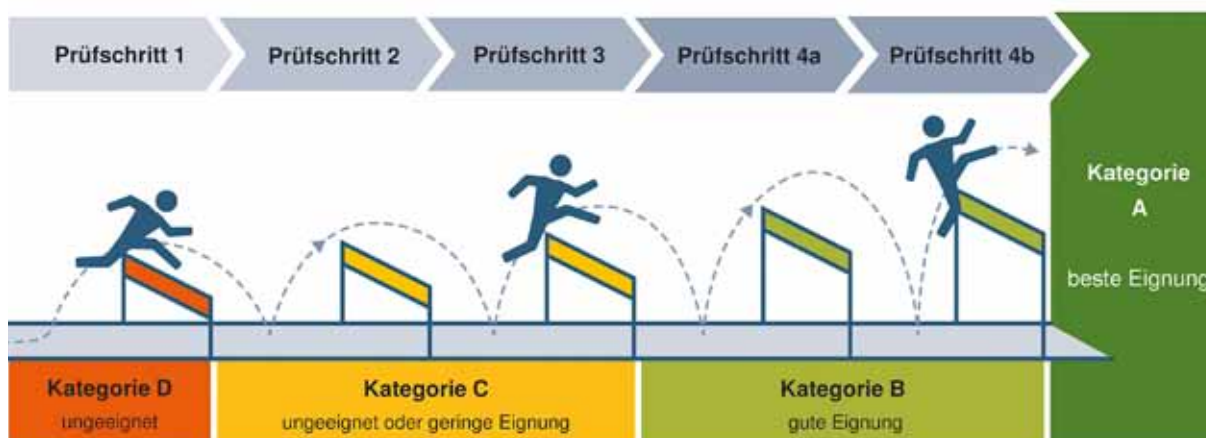
Prüfschritt 2 schaut, wieviel des gleichen Wirtsgesteins es um den Einlagerungsbereich herum braucht, um ein Ausdringen gif-

tiger oder radioaktiver Stoffe zu verhindern. Es geht also weiterhin nur um die Abmessungen der Ton-, Salz- oder Granitbereiche. Außerdem wurde noch einmal für jedes Wirtsgestein überlegt, bis zu welcher Tiefe eine Einlagerung realistisch möglich ist.

Für das Wirtsgestein Ton entstehen daraus im Wesentlichen folgende Kriterien: Es braucht einen Einlagerungsbereich bis maximal 1000 Meter unter der Erde, eine mindestens 300 Meter dicke Tonschicht und eine mindestens 30 Quadratkilometer große Fläche. Bereiche, die die Kriterien nicht erfüllen, werden als Gebiete mit „geringer Eignung“ aussortiert und sind in der Karte gelb eingefärbt. Gebiete, die beide Prüfschritte überwunden haben, sind in der Karte türkis dargestellt. Vereinfacht gesagt: Alle Gebiete, die in der aktuellen Karte der BGE türkis eingezeichnet sind, weisen eine Tonschicht in der passenden Größe und Dicke auf.

► Und bei uns?

Über ganz Norddeutschland erstreckt sich das *Teilgebiet 4*.





Seit 2020 ist klar: Der Salzstock Gorleben-Rambow ist als Atommülllager ungeeignet

Es macht mehr als Zweidrittel der Fläche aus, die die BGE noch weiter betrachtet. In diesem Gebiet könnte es Tonablagerungen aus dem Tertiär geben. Das ist hier im Konjunktiv formuliert, weil die BGE für ihren Zwischenbericht sehr vorsichtig herangegangen ist und alle Bereiche mit Ablagerungen aus dem Tertiär in das Teilgebiet aufgenommen hat, ohne genau zu prüfen: Sind das Tonablagerungen oder ein anderes Gestein? Das haben die Geologischen Landesdienste auch direkt nach dem Zwischenbericht 2020 ange mahnt; denn die tatsächliche Tonschicht ist an manchen Stellen nur sehr dünn, an anderen viele hundert Meter mächtig. Nicht überall handelt es sich dabei um verfestigten Tonstein, es gibt auch Bereiche mit sehr lockeren Ablagerungen. Das heißt, die BGE muss jetzt in mühseliger Kleinarbeit herausarbeiten, wo genau in dem riesigen Gebiet ausreichend dicke Tonablagerungen in der richtigen Tiefe vorkommen. Und an dieser Stelle kommt ein weiteres Kriterium des *Prüfschritt 2*

zum Tragen. Es muss nachgewiesen werden, dass das Atommülllager auch zukünftige Kaltzeiten überdauern kann. Denn es ist davon auszugehen, dass es wieder zu Vergletscherungen kommen wird. Das große Problem für das Endlager sind dabei Schmelzwasserrinnen, die sich über mehrere hundert Meter in den Boden einfräsen werden.

Bereits 2023 wurde ein Prognosemodell vorgestellt, wie tief zukünftige Schmelzwasserrinnen sein werden. Demnach ist in Norddeutschland mit bis zu 600 Meter tiefen Rinnen zu rechnen. Die BGE setzt das in ihrem *Prüfschritt 2* so um, dass sie noch einen Sicherheitsabstand von 100 Metern einbaut und die minimale Einlagerungstiefe auf 700 Meter festlegt.

In Summe heißt das: Man sucht im Norden der Republik eine 300 Meter dicke Tonschicht im Fenster zwischen 700 bis 1000 Metern unter der Erde. Da merkt man schnell: rechnerisch möglich. Aber wenn die Schicht auch nur 50 Meter höher oder tiefer liegt,

wird das nichts. Es könnte also theoretisch sein, dass türkis eingefärbte Bereiche vom *Teilgebiet 4* übrigbleiben; genau sagen können das aber nur die BGE und vielleicht auch die Landesämter für Geologie. Die BGE will in wenigen Wochen für alle Gebiet eine Einordnung in „rot“, „gelb“ und „türkis“ treffen.

► Flach lagerndes Salz

In früheren Erdzeitaltern war ganz Norddeutschland eine große Meerbucht, in der sich über Tausende von Jahren Salz abgelagert hat. Das ist heute im tiefen Untergrund als flachliegende Schicht oder in manchen Bereichen als aufgewölbte Salzstöcke zu finden.

Beim flachlagernden Salz ist die BGE vergleichbar vorgegangen wie beim Ton. Denn um den *Prüfschritt 2* zu überdauern, muss die Salzschrift ähnliche Kriterien erfüllen: einen Einlagerungsbereich zwischen 600 und 1300 Metern unter der Erde, eine mindestens 300 Meter dicke Salzschrift und

eine mindestens neun Quadratkilometer große Fläche. Das alles bei einer minimalen Breite der Salzschrift von 750 Metern.

► Salzstöcke

Im Zwischenbericht von 2020 werden 60 Salzstöcke als mögliche Endlager ausgewiesen. Wie bei allen Wirtsgesteinen sucht die BGE auch hier einen „Block“, in den der Atommüll eingelagert werden kann. Das ist aber deutlich schwieriger zu prognostizieren, denn in seinem Inneren sieht ein Salzstock wie ein Marmorkuchen aus. Für die Einlagerung eignen sich nur die Bereiche mit reinem Steinsalz, also „hellem Teig“. Da die BGE in der jetzigen Phase der Standortsuche keine Bohrungen macht, muss sie sich über Prognosemodelle annähern.

Dafür wurden 2024 in einer Studie Kriterien vorgelegt. Für die beiden ersten Prüfschritte hat die BGE nun Kriterien definiert und auf die ersten Salzstöcke angewandt: Der Einlagerungsbereich darf maximal 1300 Meter unter der Erde liegen und muss eine Größe von mindestens 16 Quadratkilometern bei einer minimalen Breite der Salzschrift von 750 Metern haben. Salzstöcke, die komplett unter dem Meer liegen, gelten als ungeeignet.

Mit den neuen Arbeitsständen werden fünf Salzstöcke unter der Nordsee aussortiert. Neun weitere scheiterten an dem Kriterium der Flächengröße. Für die anderen 46 Salzstöcke wurden bisher keine Arbeitsstände vorgelegt.

An dieser Stelle ist ein bisschen Kaffeesatzlesen erlaubt, denn Angaben zur Größe finden sich ja schon im Zwischenbericht von 2020. Da werden für 13 weitere Salzstöcke Größen unter 16 Quadratkilometern angegeben. Auch die Gutachter des *Nationalen Begleitgremiums* kommen zu einer ähnlichen Aussage über die Anzahl der Salzstöcke, die an dieser Stelle als ungünstig bewertet werden könnten.

Aktuell werden die genaue Lage und Ausdehnung der Salzstöcke anhand eines neuen geologischen Modells überprüft und gleiche mit vorliegenden Bohrdaten abgeglichen. Bei den bisher bearbeiteten Salzstöcken hat sich herausgestellt, dass diese kleiner sind als zuvor angenommen. Man kann aber auch nicht

ausschließen, dass bei der Detailprüfung auch einmal Fläche hinzukommt.

Spannend bei den Salzstöcken sind noch zwei weitere Kriterien, die zwischenzeitlich im Raum standen. Beim 3. *Fachforum Endlagersuche* im November 2024 hatte die BGE angekündigt, dass sie sogenannte Doppelsalinare aus zwei Erdzeitaltern als weniger günstig einschätzt. Dieser Aussage zum Trotz, tauchte das Kriterium in den Arbeitsständen von 2025 nicht auf. Grund: Die BGE hält zwar an der Einschätzung fest, scheut aber aktuell den Aufwand, ihre Annahme zu prüfen und zu belegen. Deshalb soll das Kriterium erst in einem späteren Stadium des Verfahrens – vermutlich im *Prüfschritt 4* – angewandt werden.

Der zweite Punkt betrifft die Frage der Eiszeitlichen Rinnen, die beim Endlagermedium Ton schon erläutert wurde. Ähnlich wie dort verschiebt die BGE auch bei den Salzstöcken den möglichen Einlagerungsbereich in die Tiefe.

Im Ergebnis: Beide Kriterien bleiben weiter im Raum, aber für den *Prüfschritt 2* und damit die Einfärbung in Türkis keine Rolle. Was das in der Summe bedeutet, wird der Juni 2026 zeigen. Werden Salzstöcke bei der Überprüfung der BGE größer oder kleiner?

► Wie geht es jetzt weiter?

In zwei weiteren Prüfschritten soll die Eignung weiter bewertet werden. Für die verbliebenen sogenannten A-Gebiete prognostiziert die BGE eine „beste Eignung“ für den Einschluss der radioaktiven Abfälle.

Anschließend erfolgt ein Vergleich der A-Gebiete, bei dem sich die BGE dann auf einen Vorschlag von *Standortregionen* festlegen will. Derzeit ist davon auszugehen, dass es sechs bis neun *Standortregionen* werden.

► Und wann erfahren wir davon?

Nächste Arbeitsstände gibt es im Oktober 2026. Dann sollen alle Gebiete die ersten beiden Hürden und einzelne auch schon die vierte Hürde hinter sich haben. Die Karte wird dann nur noch rote, gelbe und türkise Gebiete ausweisen. Hinzu kommt eine neue Farbe, für Gebiete, die an Hürde vier scheitern sind. Türkis steht dann

für „noch im Rennen“. Ursprünglich hatte die BGE für 2027 weitere Arbeitsstände angekündigt. Die soll es nun doch nicht geben. Der *Standortregionenvorschlag* soll Ende 2027 vorliegen.

Der Sprung von den türkisen Gebieten zu den *Standortregionen* ist relativ groß. Von den ursprünglich 90 Teilgebieten sind bisher 24 ausgeschieden, für acht wurden türkise Teilbereiche ausgewiesen. Sicher kann man da natürlich nicht sein, aber vermutlich werden 30 bis 40 weitere *Teilgebiete* hinzukommen, die ganz oder teilweise türkis sind. Bei diesem Wissensstand wird es von Juni 2026 bis Silvester 2027 vermutlich im Wesentlichen bleiben. Letztlich wird es also am Jahreswechsel 2027/2028 wieder ein gewisses Überraschungsmoment geben. Denn die Komplexität der Begründung für Einstufungen durch die BGE wird deutlich größer werden. Brisant daran: Unmittelbar nach der Bekanntgabe der *Standortregionen* werden die sogenannten *Regionalkonferenzen* als lokales Format der Bürgerbeteiligung starten. Das ist sportlich für die Landkreise, die dann nicht schon ein wenig im Thema stecken.

Quellen
BGE, BUND



Zurück in die »schöne« neue Welt

Kleine Modulare Reaktoren und die Kernfusion sind nur scheinbar neue und zukunftsweisende Technologien. Zwei Fakten-Checks von Andreas Conradt und Detlef zum Winkel

Der nahezu gleichzeitige Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft 2023 und der Kohleverstromung bis 2038 ist und gut und richtig, stellt das Land aber vor Herausforderungen bei der sicheren Versorgung von Haushalten und Industrie mit Strom und Wärme. Hinzu kommt ein stetig steigender Bedarf an klimafreundlicher Energie für Elektromobilität, Rechenzentren und beispielsweise Wärmepumpen.

Gleichzeitig leiden Energie-, Verkehrs- und Wärmewende an überlasteten Stromnetzen und schleppeienden Genehmigungsverfahren für Stromspeicher.

In dieser Situation schlägt die konservative Bundesregierung unter

Kanzler Friedrich Merz einen nur scheinbar einfachen, langfristig aber desaströsen Weg ein: Abregelung des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik, Zubau von mehr Gaskraftwerken – und das Schielen auf längst überwunden geglaubte Atomtechnik. Dabei stehen besonders zwei Technologien im Fokus: sogenannte Small Modular Reactors (SMR, Kleine Modulare Reaktoren) und die Kernfusion. Sie werden, wird von Unternehmen – und zunehmend auch von Politiker:innen – suggeriert, schon in wenigen Jahren große Anteile am Strommix haben. Einer konkreten Überprüfung hält diese Aussage jedoch nicht Stand, zeigen die folgenden zwei Artikel.

Der SMR von Andreas Conradt

Seit 30 Jahren in 30 Jahren

Kleine Modulare Reaktoren sollen nach Ansicht der Bundesregierung unsere aktuellen Energieprobleme lösen. Doch das scheint eher unrealistisch.

SMR, also Small Modular Reactors oder Kleine Modulare Reaktoren, werden seit Jahrzehnten angekündigt, liefern aber trotz Investition von Milliardenbeträgen bisher keinen Durchbruch. Die Entwicklung beispielsweise in den USA, China, Großbritannien und Russland dient vor allem den militärischen Atomprogrammen. Durch die Förderung ziviler Reaktoren werden Forschung, Entwicklung, Spezialmaterial, Ausbildungs-Infrastruktur – kurzgesagt: die gesamte industrielle Basis – für atomare Antriebs-Reaktoren quersubventioniert und so ein Erhalt dieser teuren und ineffizienten Systeme ermöglicht.

Eine aktuelle Untersuchung der *Technische Universität Berlin* (TU), gefördert vom *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE), analysiert wirtschaftliche Daten und wissenschaftliche Vorhersagen der letzten 60 Jahre. Das Ergebnis: Kernkraft wurde immer wieder als künftige Leitenergie prognostiziert – tatsächlich stagniert ihre globale Leistung jedoch seit über vier Jahrzehnten.

Bemerkenswert ist dabei, dass nicht erst die Katastrophe von Tschernobyl das Wachstum gebremst hat. Der entscheidende Einschnitt liegt bereits in den 1970er-Jahren, als in den USA der Ausbau neuer Anlagen zum Erliegen kam. Seitdem bleibt der große Durchbruch aus – trotz wiederkehrender Versprechen.

► Prognosen auf wackeliger Grundlage

Die Studie zeigt, dass viele dieser Zukunftsszenarien auf fehlerhaften Annahmen beruhen. In den 1970er-Jahren ging man davon aus, dass fossile Energieträger durch Verknappung unbezahlbar werden würden. Diese Erwartung war zentral für die wirtschaftliche



Projektskizze der Firma *Rolls-Royce SMR*

Attraktivität der Kernenergie. Doch die Realität entwickelte sich anders: Neue Technologien wie Windkraft und Photovoltaik machten Energie nicht teurer, sondern günstiger. Damit entfiel eine zentrale Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Kernkraft. Hinzu kommt ein weiterer Faktor: die überschätzte Innovationsgeschwindigkeit. Historische Prognosen gingen von rasanten technologischen Fortschritten bei Reaktoren aus – Fortschritte, die so nie eingetreten sind. Dieses Muster setzt sich heute bei den SMR fort, die erneut als Zukunftswette gehandelt werden.

► Kleine Reaktoren, große Zweifel

Die Idee hinter SMRs klingt bestechend: kleinere, standardisierte Reaktoren, die in Serie produziert werden. Doch die Analyse zeigt strukturelle Nachteile. Der technische Aufwand bleibt hoch, während die Energieausbeute deutlich geringer ist.

Das Ergebnis: Strom aus SMRs könnte laut Studie etwa dreimal so teuer sein wie aus großen Kernkraftwerken. Auch die Hoff-

nung auf Skaleneffekte wirkt fragwürdig. Um allein das Kostenniveau bestehender Großanlagen zu erreichen, müssten rund 3000 dieser Reaktoren gebaut werden. Selbst dann wäre man noch weit entfernt von den weitaus günstigeren Kosten fossiler – und erst recht erneuerbarer – Energien.

► Zu viel Optimismus, zu wenig Realität

Warum halten sich die optimistischen Prognosen dennoch so hartnäckig? Laut der Studie liegt das an überzogenen Lernkurven und unrealistischen Kostannahmen. In vielen Modellen wird unterstellt, dass sich SMRs jährlich um rund 30 Prozent verbessern. Tatsächlich liegt der Fortschritt eher bei 5 bis 10 Prozent. Die Folge: Eine Halbierung der Kosten würde nicht nach drei Jahren eintreten, sondern frühestens nach anderthalb Jahrzehnten. Gleichzeitig zeigt die jüngere Vergangenheit ein konsistentes Muster: Bauzeiten und Kosten von Atomkraftwerken werden systematisch unterschätzt. Beispiele dafür finden sich in mehreren Ländern Europas und Nordamerikas.



SMR der amerik. Firma NuScale

Für die Autorin der Studie der TU, Fanny Böse, liegt das eigentliche Risiko in der politischen Wirkung solcher Prognosen. Wenn Energie- und Klimastrategien auf Technologien setzen, deren Entwicklung unrealistisch eingeschätzt wird, könnten dringend benötigte Lösungen verzögert werden. Besonders auffällig: Viele der optimistischen Szenarien stammen seit Jahrzehnten von denselben Institutionen – dem *International Institute for Applied Systems Analysis* (IIASA) und dem *Pacific Northwest National Laboratory* (PNNL). Trotz wiederholter Fehlprognosen prägen ihre Modelle weiterhin internationale Debatten. Die Studie spricht in diesem Zusammenhang von einem

„nuklearen Energieparadox“: Prognosen, die sich über Jahrzehnte als unzutreffend erweisen, behalten dennoch erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen weltweit.

► Europas Energievision im Realitätscheck

Doch der Plan, den Energiehunger der Zukunft mit SMR zu stillen, krankt auch an anderer Stelle: Eine Europäische Union, die sich von Kohle, Öl und Gas verabschiedet hat und beispielsweise zehn Prozent ihres Energiebedarfs aus Kernkraft deckt, benötigt etwa 114 Gigawatt. Berücksichtigt man Wartung und Ausfälle, steigt der Bedarf auf etwa 140 Gigawatt installierter Kapazität. In diesem Szenario könnte sich für die SMR sogar Kostenparität einstellen.

Klassische Großkraftwerke könnten diese Leistung mit vergleichsweise wenigen Anlagen liefern. Doch das Konzept der SMR setzt bewusst auf das Gegenteil: kleine, standardisierte Reaktoren mit Leistungen zwischen fünf und 50 Megawatt. Rechnet man beispielhaft mit 14 Megawatt pro Anlage, ergibt sich eine überraschende Konsequenz: Rund 10000 solcher Reaktoren wären nötig, um zehn Prozent des EU-Energiebedarfs zu decken. Der Rest müsste weiterhin durch erneuerbare Quellen wie Wind- und Solarenergie kommen – ergänzt durch Speichertechnologien.

► Ein Reaktor pro Stadt?

Diese Dimension hat unmittelbare Auswirkungen auf die Fläche. Praktisch würde das bedeuten: In nahezu jeder Stadt Europas mit mehr als 40000 Einwohnern stünde mindestens ein Atomreaktor. Mittlere Städte kämen auf mehrere Anlagen, Metropolen auf Dutzende. Allein Berlin müsste in diesem Szenario etwa 80 Reaktoren aufstellen. Und nicht nur das: Auch die Infrastruktur für Zwischen- und Endlager radioaktiver Abfälle müsste entsprechend dezentral aufgebaut werden – mit ähn-

licher geografischer Verteilung. Selbst wenn man die technischen und gesellschaftlichen Hürden ausblendet, bleibt ein strukturelles Problem: der Brennstoff. Schon heute ist die Uranversorgung angespannt. Global reichen die bekannten Reserven – je nach Schätzung – für etwa 50 bis 240 Jahre, bei gleichbleibender Nutzung. Doch diese Annahme gerät ins Wanken, sobald der Anteil der Atomenergie steigt. Aktuell deckt sie weltweit nur rund zwei Prozent des Energiebedarfs. Würde dieser Anteil auf zehn Prozent wachsen, schrumpfte der Zeithorizont dramatisch – im Extremfall auf nur noch etwa ein Jahrzehnt für wirtschaftlich förderbare Vorkommen.

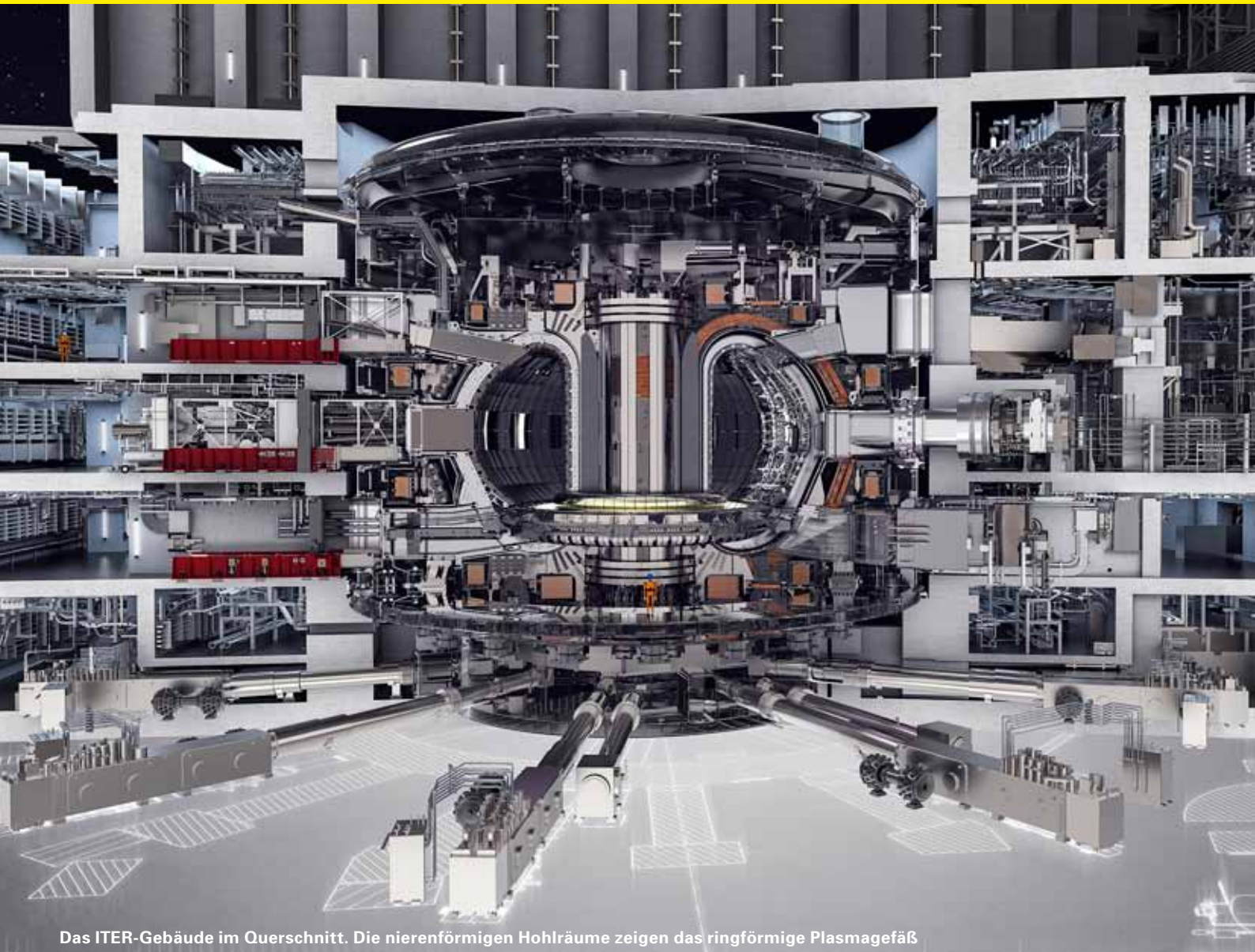
Die logische Konsequenz: Reaktoren müssten künftig ihren Brennstoff selbst „erzeugen“, etwa durch Brutprozesse mit Thorium oder Plutonium – Technologien, die bislang nicht im großen Maßstab etabliert sind.

► Alte Abhängigkeiten, neue Risiken

Hinzu kommt die geopolitische Dimension. Wichtige Uranvorkommen liegen außerhalb Europas, etwa in Australien, den USA und Zentralasien. Die Anreicherungs-kapazitäten wiederum sind stark in Ländern wie Russland konzentriert. Eine neue Form der Energieabhängigkeit wäre damit vorprogrammiert.

► Große Vision, kleines Budget

Trotz dieser Herausforderungen gibt es politische Ambitionen, die SMR-Technologie voranzutreiben – auch mit Blick auf den Export. Doch ein Blick auf die Finanzierung relativiert den Anspruch: Rund 200 Millionen Euro stellt die EU bislang bereit. Umgerechnet entspricht das etwa 50 Cent pro Einwohner. Eine Summe, die kaum ausreichen dürfte, um auch nur einen einzigen dieser Reaktoren zu realisieren – geschweige denn ein flächendeckendes Netzwerk von Tausenden Anlagen.



Das ITER-Gebäude im Querschnitt. Die nierenförmigen Hohlräume zeigen das ringförmige Plasmagefäß

Die Kernfusion von Detlef zum Winkel

Höllengefeuer auf Erden

Politiker:innen und Unternehmen überbieten sich gerade in ihren Heilsversprechen: Die Kernfusion werde schon in wenigen Jahren sämtliche weltweit benötigte Energie liefern. Die Realität liest sich freilich bescheidener.

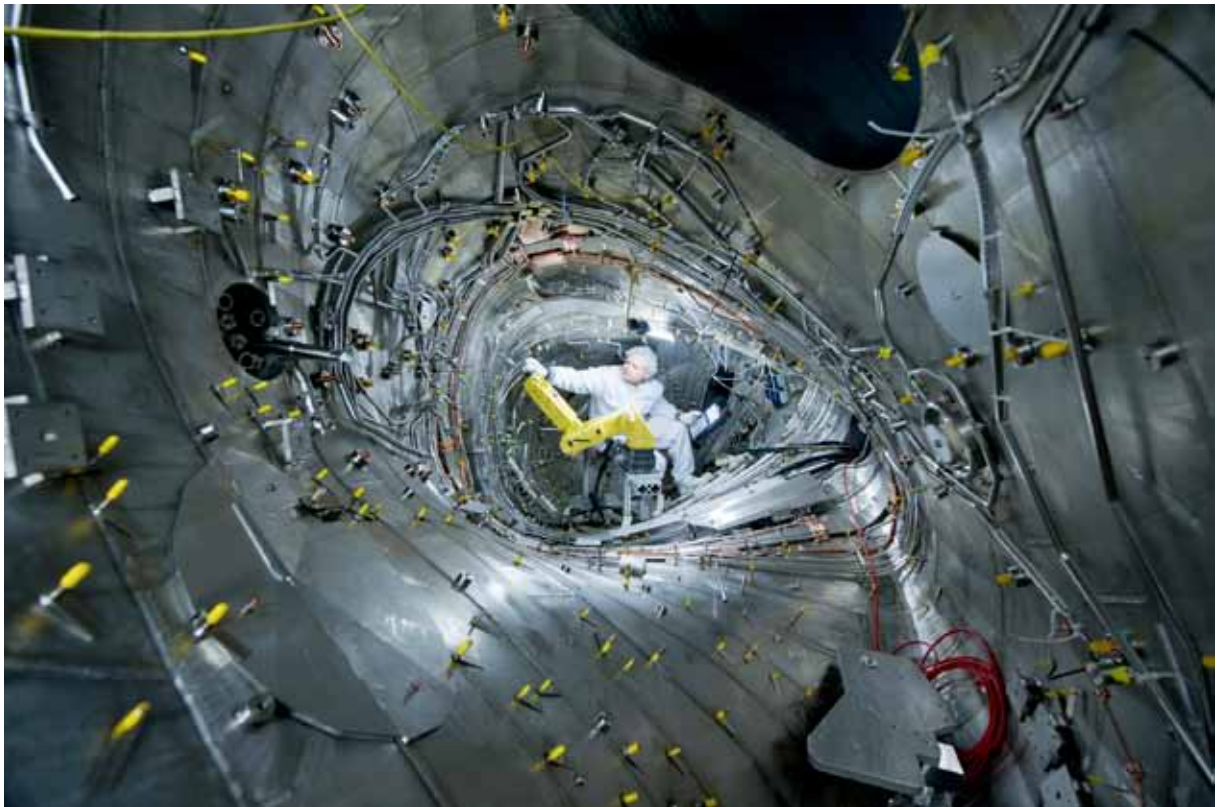
In den letzten Jahren hat sich ein Hype für Kernfusion aufgebaut. Von dieser neuen Nukleartechnik, die nicht mehr schwere Kerne wie Uran oder Plutonium spalten, sondern leichte Wasserstoffisotope miteinander verschmelzen will, verspricht man sich die Lösung aller Energieprobleme. So war es zuletzt Bundeskanzler Merz, der seinen Glauben daran kundtat, dass es „in zehn, zwanzig Jahren“ Fusionskraftwerke geben werde und dann könne man

alle anderen Energieformen vergessen.

► Magnetfusion

Die Idee, nutzbare Energie zu gewinnen, wie es im Prinzip in der Sonne geschieht, ist nicht neu. Dementsprechend gibt es teure Großforschungszentren, in denen das versucht wird. In Europa ist das bekannteste Beispiel der *International Thermonuclear Experimental Reactor*, besser bekannt

unter seiner Abkürzung ITER, im südfranzösischen Cadarache, etwa 70 Kilometer nördlich von Marseille. Dort soll mit Hilfe riesiger Magneten ein heißes Plasma von Wasserstoff-Atomen erzeugt werden, in dem es zu Fusionen kommen soll: Positiv geladene Wasserstoff-Ionen werden extrem beschleunigt, sodass sie ein Plasma bilden, also auf extrem heißen Temperaturen aufgeheizt. Da sie sich gegenseitig abstoßen, würden sie sofort auseinanderfliegen



Ein Monteur arbeitet im ringförmigen Plasmagefäß des Forschungsreaktors *Wendelstein 7-X* in Greifswald

– dies wird durch die Magneten verhindert. Durch die Aufheizung bei gleichzeitiger Komprimierung sollen Fusionen möglich werden. Die dabei freiwerdende Energie prallt in Form schneller Neutronen auf das *Blanket*, die Innenwand des Rings, in dem die Wasserstoff-Ionen kreisen. Der Brennstoff besteht aus gasförmigem Deuterium (Wasserstoff mit einem Neutron) und Tritium (Wasserstoff mit zwei Neutronen) und wird in den Ring hineingeblasen.

► Laserfusion

Ein anderer Weg ist die lasergetriebene Fusion. Hier wird eine kleine Hohlraumkugel mit extrem starken und ultrakurzen Laserimpulsen beschossen. Diese Idee bekam durch ein erfolgreiches Experiment am kalifornischen *Lawrence Livermore National Laboratory* im Dezember 2022 Aufwind. In der Hohlraumkugel befindet sich ein kleines Kügelchen, in dem Deuterium und Tritium in gefrorener Form enthalten sind. Das ist wie ein Diamant, nur teurer: Eines dieser Kügelchen kostet derzeit 100 000 Euro. Die Hohlraumkugel wird mit den Laserimpulsen so stark angeregt, dass sie extrem inten-

sive Röntgenstrahlung nach innen schießt. Der Strahlungsdruck presst den Fusionsdiamanten so stark zusammen, dass Fusionen von Deuterium und Tritium stattfinden können. Das funktioniert bei der Zündung der Wasserstoffbombe ohne Laser, sondern durch eine initiale Atombombenexplosion. Wenn es stattdessen mit Lasern funktionieren sollte, dann müssen die Überbleibsel des „Diamanten“ sofort entsorgt, die Hohlraumkugel gereinigt und der nächste Fusionsdiamant – die nächsten 100 000 Euro – platziert werden. Dann kommt der nächste Laserschuss – alle zehn Sekunden. Das muss man erstmal hinkriegen. Bisher war nur der erste Schuss erfolgreich, aber auch der hatte alles in allem eine negative Energiebilanz.

► Startups und ein Experiment

In Deutschland wird die Magnetfusion von den Startups *Proxima Fusion* (München) und *Gauss Fusion* (Hanau) verfolgt. Dabei setzt Proxima mit dem Stellarator-Modell auf eine noch filigranere Anordnung der Magneten, die im *Wendelstein 7-X* Experiment in Greifswald erprobt wird. Im Unterschied zur sogenannten Toka-

mak-Fusionsmaschine von ITER werden die Magneten im Stellarator derart angeordnet, dass sie ein gewundenes Magnetfeld erzeugen, in dem das Plasma besser fokussiert werden kann. Das ist aber auch viel schwieriger zu bauen.

Hingegen setzt *Focused Energy* (Darmstadt) auf die lasergetriebene Fusion. Auch *Marvel Fusion* (München) will mit Lasern Nuklearreaktionen provozieren und so nutzbare Energie freisetzen. Dieses Startup ist in gewisser Weise ein Ausreißer, denn es will eine Reaktion von Wasserstoff mit Bor herbeiführen, bei der keine Neutronen entstehen würden. Dafür wären allerdings zehnmal höhere Temperaturen als in den anderen Fusionsexperimenten erforderlich – viel höher als die Temperatur der Sonne!

Auf beiden Wegen – der Magnetfusion und der Laserfusion – wird die entstandene Energie durch Neutronen transportiert. Deren kinetische Energie muss in mehreren Schritten in Strom umgewandelt werden. Auch das muss man erstmal hinkriegen.

► Radioaktiver Müll

Bei *Proxima*, *Gauss* und *Focused*

entstehen schnelle Neutronen – die sind sogar gewollt. Ihre Energie lässt sich nur über den Umweg von Nachfolge-Kernreaktionen nutzbar machen. Also entstehen radioaktive Substanzen. Diese Reaktionen sind so stark, dass die *Blankets* im Abstand weniger Monate ausgewechselt werden müssen. Nach Gebrauch sind sie hochradioaktiv und diffizil zu handhaben, aber bei weitem nicht so langlebig strahlend wie abgebrannte Brennelemente. Statt einer Million Zerfallsjahre benötigen sie angeblich „nur“ ein paar Jahrhunderte.

Im Konzept von *Marvel Fusion* werden – in der Theorie – keine Neutronen freigesetzt, also auch keine Radioaktivität. Das gilt allerdings nur für den ersten Schritt, nämlich beim zündenden „Laserschuss“. Die nachfolgenden Reaktionen, also das „Brennen“ des Brennstoffs, bringen dann doch Neutronen und damit Radioaktivität hervor.

Interessant ist, warum man aktuell so viel von angeblichen Erfolgen kleiner Unternehmen im Bereich der Kernfusion hört und liest, während von ITER, dem Gemeinschaftsprojekt der EU, des Vereinigten Königreichs, der Schweiz, USA, Russlands, Chinas, Südkoreas, Indiens und Japans, in der Öffentlichkeit immer weniger die Rede ist. Ein Grund könnte sein, dass internationale Zusammenarbeit in den USA, aber auch in Europa zunehmend auf starke Vorbehalte stößt.

Diese Situation machen sich kleine Privatunternehmen zunutze, um mit scheinbar kreativen Ideen und neuen Wegen in der Fusionstechnik ihrerseits staatliche Subventionen abzugreifen. Mindestens vierzig solcher Startups gibt es inzwischen weltweit, andere Quellen sprechen sogar von siebzig Kleinfirmen.

Diese Startups bemühen sich um eine Anschubfinanzierung durch staatliche Forschungsetats, die ihnen Seriosität attestiert, was sie wiederum für private Risiko-Investoren attraktiv macht. Ihre Öffentlichkeitsarbeit besteht weitgehend darin, den Gewinn eines neuen Investors als großen Erfolg zu feiern, was freilich über die Aussichten und Gefahren der jeweiligen Technologie nichts besagt. Das ist gewissermaßen zwangsläufig: Je mehr Investoren gewonnen werden können,



Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder 2024 vor einem Bild des Fusionsreaktors im *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik* in Garching bei München

desto eher ist man bereit, dem Konzept der jeweiligen Firma zu vertrauen.

In diesem Subventions-Wettbewerb hat nun *Proxima Fusion* einen deutlichen Vorsprung errungen. Das Land Bayern will dem Startup, das aus dem Münchner *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik* hervorgegangen ist, 400 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit soll in Garching zunächst ein Demonstrationsreaktor *Alpha* errichtet werden, dem ein erstes kommerzielles Kraftwerk *Stellaris* auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Gundremmingen folgen soll. Mit der bayrischen Vorlage soll der Bund motiviert werden, seinerseits eine Milliarde, gern auch mehr, beizusteuern. Ministerpräsident Söder (CSU) nutzte den Anlass, markige Ankündigungen auf Stammtischniveau von sich zu geben. Von seinem Umweltminister Markus Blume (CSU) wurde er fast noch übertroffen. Dieser ließ mit seiner Aussage tief blicken: „Das, was heute hier passiert, ist unsere Antwort auf den Atomausstieg – nämlich der Einstieg in die Kernfusion.“

Marvel Fusion, das andere Münchner Startup, fand keine Erwähnung. Das heißt nicht, dass sie nicht gefördert würden. Aber

vom Kuchen erhalten sie offenbar nur Krümel. Das ist durchaus interessant: Denn an *Marvel Fusion* ist *Siemens Energy* beteiligt, und das Verhältnis von *Siemens* zur CSU ist ähnlich innig wie das von *Bayern München* zum Freistaat.

► Wenn, dann gemeinsam

Die Kernfusion – falls sie überhaupt jemals funktionieren sollte und das auch noch in vertretbarer Weise – ist eine echte Menschheitsaufgabe. Deshalb ist internationale Zusammenarbeit wie bei ITER angebracht, eine Zusammenlegung wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Ressourcen. Dafür sollten „die Besten der Besten“ zusammenkommen. Bei ITER wird das mit erheblichem Aufwand versucht und es ergeben sich ungeahnte Probleme, von denen fraglich ist, ob sie gelöst werden können. Dabei sind die politischen Interessenskonflikte noch problematischer als die technischen Probleme: Die Fusionsmaschine von ITER, der *Tokamak*, ist eine russische Erfindung... Aber Firmen, die behaupten, sie könnten Dasselbe mit viel weniger Aufwand und trotzdem viel schneller hinkriegen, sollte man bis zum Beweis des Behaupteten nicht allzu ernst nehmen.



Das Wunder von Gorleben

Am 22. Februar 1977 benannte Ernst Albrecht (CDU) Gorleben als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum. Er brachte damit prompt seine Kernwähler gegen sich auf. In Lüchow referierte auf Einladung der Landwirte just an diesem Tag die DWK, die später mit ihren Atomplänen in Gorleben und anderswo für Furore sorgte. In „Das Wunder von Gorleben“ stellt Wolfgang Ehmke die These auf, dass dieses Timing einer der Treibsätze für den Gorleben-Widerstand war, in einer Kette von vielen Zufällen, Glücks- und Unglücksfällen, die ihm schließlich zum Erfolg verhalfen.

Nun ist die vierte Auflage des Buches erschienen. Sie ist völlig überarbeitet und verweist auch auf die Aufgaben der kommenden Jahre. Aufgenommen wurde der legendäre Aufruf „Gorleben soll leben“ – ein wegweisendes Manifest für den Ausbau der Regenerativen. Der Autor erzählt die Geschichte von Erfolgen und Niederlagen der Anti-Atom-Bewegung und stellt die entscheidende Frage: Wäre der Atomausstieg nach Fukushima ohne die Gorleben-Proteste überhaupt möglich gewesen? 4. überarbeitete Auflage, 176 Seiten, Taschenbuch, 9.80 Euro

Widerstand goes Gedelitz!

Bürgerinitiative, Gorleben Archiv und Bäuerliche Notgemeinschaft während der KLP zwischen Himmelfahrt und Pfingsten

Der KLP-Stand der **Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg** ist umgezogen! Grund: Die Mützingenta fand im Jahr 2025 letztmalig statt – nun sind wir auf der Suche nach einem neuen Ort für unser gewohntes Angebot in Gedelitz fündig geworden. Damit sind wir in diesem Jahr erstmalig auf dem Gelände vom Gasthaus Wiese präsent und rücken ganz dicht an die Atomanlagen Gorleben heran.

Nahezu täglich habt Ihr nun die Möglichkeit, mit uns eine Radtour an die Atomanlagen zu machen. Dabei können wir uns auch das Gelände der ehemaligen Tiefbohrstelle 1004 – die Keimzelle der *Republik Freies Wendland* – und die Salzhalde genauer anschauen. Stationäre Vorträge in Gedelitz und an den Atomanlagen wird es genauso geben wie

das gesamte Angebot unseres Info-Zeltes, das vorher in Mützingen stand.

Das **Gorleben Archiv** wird mit uns zusammen vor Ort sein und an den Wochenenden stille Trecker-Touren anbieten um die Atomanlagen. Wir werden also viel Zeit für und mit Euch haben und können ganz individuell auf Euren Interessen eingehen.

Auch die **Kulturelle Widerstandspartie** wird wieder ihre Pforten öffnen und viele Aktivitäten kompakt an einem Tag, an einem Ort anbieten

Alle Veranstaltungen sind kostenlos und ohne Voranmeldung. Spenden sind sehr willkommen.

Wir freuen uns riesig auf Euch!

Weitere Vorträge in Meuchefitz und Lübeln

Sonntag, 17. Mai, Rundlingsmuseum Lübeln

13.00 Uhr: Gespräch: „Der Widerstand ist ein Gesamtkunstwerk“ Wolfgang Ehmke

Sonntag, 24. Mai, Gasthof Meuchefitz

11.00 Uhr: „Was ist los in Gorleben? - Teuer, riskant und wieder da: Atomkraft im KI Zeitalter“, Vortrag mit Dr. Peter Widmayer (BI)

Programm an den Atomanlagen bei Gorleben

Donnerstag, 14. Mai

13.00 Uhr: „Das Wunder von Gorleben“ Lesung mit anschließendem Rundgang an den Atomanlagen mit Wolfgang Ehmke (BI)

16.00 Uhr: „Die Atomanlagen Gorleben“ Vortrag und Infos mit Elisabeth Hafner-Reckers und Elke Schrage (BI)

Freitag, 15. Mai

13.00 Uhr: „Nach dem Atomausstieg – wie geht es weiter mit der Endlagersuche? Was wird mit den Zwischenlagern in Gorleben und anderswo?“ Vortrag zum Standortauswahlverfahren und zur verlängerten Zwischenlagerung mit Wolfgang Ehmke (BI)

16.00 Uhr: „Die Atomanlagen Gorleben“ – Informativer Rundgang mit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI)

Samstag, 16. Mai

13.00 Uhr: „Gelebte Geschichte – Historischer Abriss des Gorleben Protests“ Das Gorleben Archiv stellt sich vor und gibt einen Einblick in die Historie der Auseinandersetzung um Gorleben (GA/BNG)

16.00 Uhr: „Die Atomanlagen Gorleben – Wissenswertes zur Widerstandsgeschichte und der aktuellen Situation“ Vortrag u. Rundgang mit Wolfgang Ehmke (BI)

Sonntag, 17. Mai

13.00 Uhr: „Sonntagsspaziergang“ – Informativer Spaziergang mit den Menschen vom Sonntagsspaziergang – Strecke ca. 2,5 km

14.00 Uhr: „Gorlebener Gebet“ – Ökumenische Andacht bei den Kreuzen im Wald

16.00 Uhr: „Technische Anforderungen zum Komplex der Zwischen- und Endlagerung“ Vortrag mit der Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative (BI)

Programm am Gasthaus Wiese in Gedelitz

Täglich von 11.00 bis 18.00 Uhr

Infozelt und die beliebten Textilien mit der Wendlandsonne (BI)

Ausstellung: Hitparade des Widerstands. Musik und Bilder aus 45 Jahren Protest (GA)

Passtelle der *Republik Freies Wendland*: Ausstellung des Wendenpasses (GA/BNG)

Donnerstag, 14. Mai

12.00 Uhr: „War der Atomausstieg falsch? Castortransporte von früher bis heute.“ Vortrag von Gottfried Müller (BI)

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

Freitag, 15. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

Samstag, 16. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

13.00 Uhr: Vortrag „Für immer und ewig- Atomsemiotik“ mit Wolfgang Ehmke (BI)

Das Wort Endlager suggeriert die Finalität einer Lösung. Der Atom Müll muss sicher gegenüber der Biosphäre abgeschlossen werden, doch der Atom Müll wird bei einer Endlagerung – mit Blick auf die Halbwertszeiten der einzulagernden Nuklide – nur kurzfristig aus dem Verkehr gezogen. Folglich spielen auch die Speicherung und möglichst niederschwellige Bereitstellung von Daten und Dokumenten eine gewichtige Rolle – u.a. als Warnung an kommende und künftige Generationen vor Kontamination. Was ist in Deutschland geplant und welche Rolle spielt die Atomsemiotik?

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

Sonntag, 17. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

Montag, 18. Mai

14.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen in Gorleben - ca. 2 Std. - 8 km (BI)

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

17.30 Uhr: Vortrag „Teuer, riskant - und wieder da: Atomkraft im KI-Zeitalter“ mit Dr. Peter Widmayer (BI)

Der Physiker Dr. Peter Widmayer gibt einen Einblick in die Welt der BigTech-Konzerne, die aufgrund der Entwicklungen bei der Künstlichen Intelligenz (KI) ihren Energiehunger vorrangig mit Atomkraft stillen möchten.

Dienstag, 19. Mai

14.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen in Gorleben - ca. 2 Std. - 8 km (BI)

Mittwoch, 20. Mai

14.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen in Gorleben - ca. 2 Std. - 8 km (BI)

17.30 Uhr: Vortrag „Teuer, riskant - und wieder da: Atomkraft im KI-Zeitalter“ mit Dr. Peter Widmayer (BI) (Infos: s. 18. Mai)

Donnerstag, 21. Mai

14.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen in Gorleben - ca. 2 Std. - 8 km (BI)

Samstag, 23. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

Sonntag, 24. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

14.00 Uhr: Trecker-Tour mit Erläuterungen – vom Gasthaus Gedelitz zu den Atomanlagen bei Gorleben (GA/BNG)

Montag, 25. Mai

11.00 Uhr: Informative Radtour mit der BI zu den Atomanlagen Gorleben inkl. 1004 und Salzhalde - ca. 3 Std. - 16 km (BI)

Donnerstag, 21. Mai

14.00 Uhr: „Gelebte Geschichte – Historischer Abriss des Gorleben Protests“ Das Gorleben Archiv stellt sich vor und gibt einen Einblick in die Historie der Auseinandersetzung um Gorleben (GA/BNG)

Freitag, 22. Mai

14.00 Uhr: Kulturelle Widerstandspartie – der politische Freitag mit Musik, Informationen, Ständen und Vorträgen
Alle Infos auf www.kulturelle-widerstandspartie.de

Samstag, 23. Mai

13.00 Uhr: „Die Atomanlagen Gorleben“ – Informativer Rundgang mit Asta von Oppen

16.00 Uhr: „Gelebte Geschichte – Historischer Abriss des Gorleben Protests“ Das Gorleben Archiv stellt sich vor und gibt einen Einblick in die Historie der Auseinandersetzung um Gorleben (GA/BNG)

Sonntag, 24. Mai

11.00 Uhr: „Was ist los in Gorleben? Zwischenlager: 100 Jahre Sicherheit!“ Vortrag von Peter Widmayer (BI)

13.00 Uhr: „Sonntagsspaziergang“ – Informativer Spaziergang mit den Menschen vom Sonntagsspaziergang – Strecke ca. 2,5 km.

14.00 Uhr: „Gorlebener Gebet“ – Ökumenische Andacht bei den Kreuzen im Wald.

16.00 Uhr: „Technische Anforderungen zum Komplex der Zwischen- und Endlagerung“
Vortrag mit der Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative.



Børneavisen

Børnenes helt egen avis · Nr. 48 · 17. september 2019 · Uge 38 · JP/Politikens Hus · www.børneavisen.dk · Løstalg: 39 kr.



Die Kinderzeitung

Dänemark hat ein spannendes Experiment im Kampf gegen Fake-News und zur Förderung der Demokratie. Von Andreas Conradt

Wenn in Dänemark mittwochs die Briefkästen klappern, liegt bei vielen Familien eine besondere Zeitung im Fach: die *Børneavisen* (Kinderzeitung). Seit ihrer Einführung hat sie sich zu einem der spannendsten Medienprojekte Skandinaviens entwickelt – eine Wochenzeitung, die ausschließlich für Kinder gemacht ist, aber von Erwachsenen ebenso gerne mitgelesen wird.

Was die *Børneavisen* auszeichnet, ist ihr konsequenter Anspruch, komplexe Themen kindgerecht aufzubereiten, ohne sie zu bana-

lisieren. Statt knalliger Infotainment-Snacks setzt die Redaktion auf fundierten Journalismus. Politik, Klima, Kultur, Wissenschaft – alles findet seinen Platz, allerdings übersetzt in eine Sprache, die Kinder zwischen etwa 9 und 14 Jahren nicht nur verstehen, sondern spannend finden.

Das bedeutet: weniger Fachjargon, mehr Erklärungen, mehr Kontext. Und vor allem: mehr Fragen. Denn Kinderjournalismus heißt in Dänemark, nicht Antworten zu diktieren, sondern Neugier zu wecken. Die Zeitung entstand vor dem Hin-

tergrund, dass junge Menschen Medien oft nur nebenbei konsumieren – zwischen *TikTok*-Scrolls, *YouTube*-Videos und Gaming-Sessions. Die *Børneavisen* zielt mitten in diese digital geprägte Lebenswelt, wählt aber bewusst das gedruckte Format. Das wöchentliche Erscheinen schafft einen Moment der Entschleunigung: Zeit zum Lesen, Blättern, Entdecken.

Die Zielgruppe wächst natürlich auch in Dänemark mit Screens auf. Darum ergänzt die Redaktion das Printangebot durch Online-Inhalte, Videos und interaktive Elemente. Viele Beiträge enthalten QR-Codes, die zusätzliche Erklärclips, Interviews oder kleine Experimente freischalten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die aktive Einbindung junger Leserinnen und Leser. Kinder senden Fragen, Fotos, Zeichnungen oder eigene Artikel ein. Manche Schulen nutzen die Zeitung im Unterricht – etwa für Medientraining oder zur Diskussion aktueller Themen. Besonders beliebt ist die Rubrik, in der Kinder anderen Kindern Themen erklären – von „Wie funktioniert Strom?“ bis zu „Was passiert bei einer Wahl?“. Der Perspektivwechsel macht die Inhalte authentisch und glaubwürdig.

Dass dieses Format aus Dänemark kommt, überrascht kaum. Das Land verfügt über eine starke Tradition an öffentlich zugänglicher Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe und Medienkompetenzförderung. Kinder sollen früh lernen, wie Nachrichten entstehen und wie man Informationen einordnet. Die *Børneavisen* passt in diese Kultur: modern, demokratisch und mit dem Anspruch, junge Menschen nicht nur zu informieren, sondern zu befähigen.

Mit vergleichsweise kleiner Auflage, hat die *Børneavisen* doch eine große Wirkung. Sie hilft Kindern, die Welt um sich herum zu verstehen – und gleichzeitig eine eigene Meinung zu entwickeln. In Zeiten von Fake News, Social-Media-Überflutung und Informationsblasen ist das eine Kompetenz, die kaum wertvoller sein könnte. Das Blatt zeigt, dass gute Informationen kein Erwachsenenprivileg sind. Und dass Journalistinnen und Journalisten, die Kinder ernst nehmen, am Ende die kritischsten, neugierigsten und dankbarsten Leserinnen und Leser gewinnen.



Beim Einwerben von Spendengeldern musste die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) schon immer fantasievoll sein. Als schwächtiger „David“ stand sie doch einem übermächtigen Pakt aus Politik und Atomindustrie gegenüber: „David gegen Goliath“. Nicht umsonst hat das Gorleben Archiv das gleichnamige Plakat von Irmhild Schwarz zu seinem Mottobild gemacht.



www.gorleben-archiv.de

„Schutzbriefe“ zur Finanzierung von Prozessen von Peter Bauhaus

1981 hatten sechs EinwohnerInnen aus der näheren Umgebung von Gorleben stellvertretend für die Allgemeinheit Klage gegen die geplanten Ato-manlagen eingereicht. Unter dem Motto „Einer trage des anderen Last“ rief ein Bündnis aus BI, der Bäuerlichen Notgemeinschaft und der Rechtshilfe Gorleben dazu auf, die private Klägergruppe von den Kosten für Gutachten, Anwälte und Gerichtskosten freizustellen. Kreativer Beitrag dazu: Die von den Künstlerinnen Irmhild Schwarz, Uta Helene Götz und Waltraud Kremser gestalteten „Schutzbriefe“, die gegen eine Spende von 10 DM, 25 DM oder 50 DM erhältlich waren. In der Tradition von Mandalas gaben sie bildliche Einblicke in das „wendländische Universum“, das es stellvertretend für die gesamte Schöpfung zu verteidigen galt.

Bemerkenswert: Anders als bei späteren Veröffentlichungen hieß es auf den ersten Aufrufen nicht „Gorleben soll leben“, sondern etwas weniger bestimmt „Gorleben will leben“. Aber schließlich haben wir es immer wieder bewiesen: Wo ein Wille ist ...

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo – Mi: 10 – 15 Uhr • Do: 12 – 18 Uhr • Fr: geschlossen

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Kulturelle Widerstandspartie

Politischer Freitag während der KLP
22. Mai, ab 14 Uhr, Beluga-Dreieck
Atomanlagen, Gorleben

Benefiz-Festival mit Live-Musik auf zwei Bühnen, Workshops, Infostände, Theater, Kinderprogramm
Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten | Programm: www.kulturelle-widerstandspartie.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.